

Fusion: Entscheiden die Finanzen?

STADTREGION Geht es bei einer Gemeindefusion allein ums Geld? Darüber war man sich gestern an einer Podiumsdiskussion nicht einig. Vor allem bezüglich Littau nicht.

«Es gibt für eine Gemeinde keine wichtigere Frage als jene der Fusion, denn die ist existenziell.» So lautete gestern Abend Stephan Käppeli vom Institut für Betriebs- und Regionalökonomie die Podiumsdiskussion zum Thema Fusion und Finanzen ein. Und wie Recht er mit der Aussage «die Vorstellungen über Ziele und Zwecke einer Fusion sind sehr unterschiedlich» hatte, zeigte sich gleich anschliessend. Dann nämlich kreuzten unter Regie von Jérôme Martinu, Leiter Regionale Ressorts unserer Zeitung, ein Pro- und ein Contra-Lager die Klängen.

Zu wenig Synergien?

Gleich zu Beginn machte der Krienser Finanzchef Paul Winkler klar, warum sich der Krienser Gemeinderat kürzlich gegen weitere Fusionsabklärungen ausgesprochen hat: Der finanzielle Anreiz sei viel zu klein. Die prognostizierten Synergiegewinne einer fusionierten Grossgemeinde von 1,8 Prozent seien münzig. «Da müssten eher 18 Prozent rauschauen.» Das wollte der Luzerner Stadtrat und Säckelmeister Stefan Roth so nicht stehen lassen. Mit Verweis auf die vollzogene Fusion von Luzern und Littau sagte er: «Die Rendite stand

dabei nicht im Zentrum.» Trotzdem habe die Fusion etwa 12 Millionen Franken Synergiegewinne bewirkt. Roth gab sich überzeugt, dass dieser Anteil langfristig grösser werde. Er betonte zudem, dass die finanziellen Probleme der Stadt, inklusive der angedachten Steuererhöhung, nichts mit der Fusion zu tun hätten. Sondern mit vom Kanton aufgebürdeten zusätzlichen Kosten und wegfallenden Steuererträgen. Doch gerade auch solche Probleme könne man gemeinsam besser lösen als im Alleingang.



«Gemeinsam können wir die Ziele besser erreichen.»

STEFAN ROTH,
STADTRAT

Das sah jedoch Adligenswils Finanzchef Markus Sigrist anders. «Die Summe aller Übel bleibt auch nach einer Fusion gleich.» Eine Fusion sei beileibe nicht für alle das Beste. Er rechnete vor: Adligenswil mit seinen 5500 Einwohnern hätte in der Starken Stadtregion mit ihren 150 000 Einwohnern ein Mit-

bestimmungsrecht von gerade mal 3 Prozent. Dann könne man nur noch am Rande mitreden. «Aber eigenständig können wir selber bestimmen, etwa was wir wo einzonen wollen», sagte Sigrist.

Der Ebikonner Gemeinderat und Finanzchef Herbert Lustenberger hingegen sprach sich für eine pragmatische Lösung aus. Er plädierte für ein Ja zur Abstimmung über detailliertere Fusionsabklärungen am 27. November – und dann werde man genauer wissen, was für Chancen und Risiken das Projekt beinhalte.

Falsche Frage

Auf die Frage von Jérôme Martinu, welche Rolle denn der Steuerfaktor in den Gemeinden spiele, hatte Paul Winkler eine klare Antwort: «Viele Bürger machen dort das Kreuz, wo sie Steuern sparen können. So wurde die Abstimmung in Littau gewonnen.» Doch auf Dauer gehe das nicht gut selbst mit dem Geld aus dem kantonalen Fusionsstopf nicht. Den Ball nahm der frühere Littauer Gemeinderat Stefan Roth zackig auf. «Der Steuerfuss war nicht matchentscheidend. Uns ist es schlicht gelungen, aufzuzeigen, dass wir gemeinsam die Ziele besser erreichen können.» Sowiessso dürfte die Frage nicht lauten, was eine Fusion koste. Sondern was sie bringe. Und bringen tue sie sehr viel.

«Alleingang gibts nicht mehr»

Markus Sigrist nahm schliesslich noch zur Frage Stellung, ob man von einer engeren Zusammenarbeit nicht auch in anderen Bereichen profitieren könne. Etwa, indem anstehende Investitionen

von mehreren Partnern getragen würden und alle Beteiligten am selben Strick ziehen würden. Sigrist dazu: «Den absoluten Alleingang gibt es ja bereits nicht mehr. Wir arbeiten bereits jetzt viel kommunenübergreifend zusammen.» Das werde sich nicht ändern. Und ob sich die vielen anstehenden Investitionen in die Infrastruktur gemeinsam einfacher aufreiben liessen, stehe noch im Raum.

Für Stefan Roth jedoch ist die bisherige Zusammenarbeit unter den Gemeinden an einem Grenzpunkt angelangt. Derzeit gebe es etwa 40 Institutionen, die für dies und jenes zuständig seien. «Das braucht lange Sitzungen und Diskussionen», weitere Kooperationen seien deshalb schwierig. Als Beispiel, wie man gemeinsam mehr erreichen kann, nannte Roth die Zusammenarbeit der Gemeinde Emmen und der Stadt Luzern im Bereich Seetalplatz. Dort habe man sich gemeinsam erfolgreich gegen ein Projekt des Kantons gewehrt. Zudem könne die Stadt Luzern dort Projekte finanzieren, die für Emmen alleine zu gross wären.

LUCA WOLF
luca.wolf@luzernerzeitung.ch

HINWEIS

► Die nächsten Infoveranstaltungen zur Starken Stadtregion findet statt am 13. September um 19 Uhr im Auditorium der Hochschule Luzern – Wirtschaft an der Zentralstrasse (mit Stadtpräsident Urs W. Studer und Stadtrat Stefan Roth); am 15. September um 19.30 Uhr im Paretisal St. Leodegar (mit Urs W. Studer und Stadtrat Ruedi Meier); am 21. September um 19.30 Uhr im Zentrum St. Michael, Blattenmoosstrasse 8 (mit Urs W. Studer und Ruedi Meier). ◀